



## **Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-21064

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: Thomas.Kraemer@Stadt-koeln.de

Datum: 25.04.2022

### **Niederschrift**

über die **9. Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 14.02.2022, 15:13 Uhr bis 17:57 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

**INFEKTIONSSCHUTZ:** Es stehen begrenzt Plätze für die Öffentlichkeit zur Verfügung. Melden Sie sich bitte an. Medizin. Masken/FFP2-Masken, Test oder Immunisierungsnachweis sind erforderlich. (s. Infektionsschutzhinweise).

### **Anwesend waren:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Franz Philippi	SPD
Bärbel Hölzing	Grüne
Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Mechthild Böll	Auf Vorschlag der Grünen
Maria Helmis	SPD
Oliver Seeck	SPD
Constanze Aengenvoort	CDU
Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Stefanie Ruffen	FDP
Andrea Browsers	Auf Vorschlag von Volt

#### **Beratende Mitglieder**

Ilka Schänke	Auf Vorschlag der AfD
Janja Mihaljevic	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD
Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Simone Schäfer	Auf Vorschlag der CDU
Paul Gottschalk	Auf Vorschlag von Volt
Udo Heinrichs	Auf Vorschlag der Ratsgruppe GUT
Nathalie Binz	Stadtschulpflegschaft Köln
Achim Schmitz	Stadtschulpflegschaft Köln
Gönül Topuz	Auf Vorschlag des Integrationsrates

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE	Vertreten von RM Hammer
Anneliese Hauser	Auf Vorschlag der CDU	vertreten von RM Erkelenz

## **Beratende Mitglieder**

Thomas Glowacki	auf Vorlag der Grünen
Lea Lohove	Auf Vorschlag der Grünen
Anette Weber	Auf Vorschlag der Grünen
Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Andre Burghardt	Auf Vorschlag der SPD
Marius Rohde	Auf Vorschlag der CDU
Dr. Klaus Zimmermann	Auf Vorschlag der CDU
Dr. Carolin Butterwegge	DIE LINKE entschuldigt
Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP-Fraktion
Jakob Godtmann	Bezirksschülervertreter
Beate Grashof	Evangelische Kirche
Christina Zimmermann	Katholische Kirche
Wolfgang Hülsmann	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Stephanie Stangier	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik
Hedwig Drießen	Seniorenvertreterin der Stadt Köln

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Michael Bold	Katholische Kirche
Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Musa Yüceel	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Bodo Busch	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Ulrike Müller-Harth	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik entschuldigt
Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertreter der Stadt Köln

## I. Festsetzung der Tagesordnung:

**Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Helge Schlieben** (CDU) teilt mit, dass zu TOP 4.4 (Gründung einer Schulbaugesellschaft, Vorlage 4065/2021) **Markus Greitemann, Beigeordnete\*r für Planen und Bauen**, anwesend sein wird, um den Mitgliedern des Ausschuss Schule und Weiterbildung Auskunft über die Vorlage geben zu können. Aus terminlichen Gründen wird der Tagesordnungspunkt gegen 16:00 Uhr aufgerufen werden.

Die Verwaltung schlägt vor die Tagesordnung wie folgt zu ergänzen:

Im öffentlichen Teil:

- TOP 3.1.2 Beantwortung der Anfrage von Frau Hölzing, Bündnis 90/Die Grünen "Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen in den Bezirken" in der Sitzung am 30.08.2021 (Vorlage 0466/2022)
- TOP 3.2.2 Schulbudget für die Selbstverwaltung - Gemeinsame Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und VOLT (Vorlage AN/0321/2022)
- TOP 4.1.1 Gem. Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, CDU und VOLT im Kölner Rat zu 2171/2021 Rheinische Musikschule Musikschulentwicklungsplan (Vorlage AN/0354/2022)
- TOP 4.3 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“, hier: Projektverlängerung (Vorlage 4418/2022)
- TOP 4.4 Gründung einer Schulbaugesellschaft (Vorlage 4065/2021)
- TOP 4.5 Bedarfsanerkennung zur Ausstattung von Kölner Schulen mit Endgeräten nach dem "REACT-EU Förderprogramm" und dem "Förderprogramm Digitale Ausstattungsoffensive für Schulen in NRW" (Vorlage 0066/2022) wird aus dem nicht öffentlichen Teil (Vormals TOP 10.2) im öffentlichen Teil der Tagesordnung behandelt.
- TOP 5.3 Sachstand zur Beschaffung von mobilen Luftfilteranlagen für Schulen und Kitas (Vorlage 0391/2022)
- TOP 5.4 Zukunftswerkstatt Rheinische Musikschule - Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse und Entstehung der Beauftragung eines Musikschulentwicklungsplans (Vorlage 0435/2022)
- TOP 5.5 Aktueller Sachstand: Mobilität der Kölner Lehrerschaft (Vorlage 0430/2022)

Im nichtöffentlichen Teil:

- TOP 9.1 Besetzung der Schulleiter\*innenstelle an der Gemeinschaftsgrundschule Irisweg 2, 51143 Köln (Vorlage 3186/2021)
- TOP 9.2 Besetzung der Stelle der/des Schulleiterin/Schulleiters an der GGS Rosenzweigweg 3, 50969 Köln (Vorlage 0297/2022)
- TOP 9.3 Besetzung der Stelle der/des Schulleiterin/Schulleiters am Köln-Kolleg - Weiterbildungskolleg, Judenkirchhofsweg 6, 50679 Köln (Vorlage 0357/2022)
- TOP 9.4 Besetzung der Stelle der/des Schulleiterin/Schulleiters an der Gemeinschaftsgrundschule Stenzelbergstr. 3 -7, 50939 Köln (Vorlage 0373/2022)

TOP 9.5 Neubesetzung der Stelle einer/eines Konrektors/Konrektorin an der Gemeinschaftsgrundschule Garthestraße 20-24, 50735 Köln (Vorlage 0386(2022))

TOP 9.6 Besetzung der Schulleiter\*innenstelle am städtischen Hansa-Gymnasium, Gereonsmühlengasse 4, 50670 Köln (Vorlage 0425/2022)

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) bittet zu TOP 4.1.1 den Änderungsantrag als Anfrage neu aufzusetzen und zusammen mit TOP 4.1 zurück zu stellen.

**Beigeordnete\*r Robert Voigtsberger** sagt eine Beantwortung der Anfrage (*Anmerkung der Schriftführung: neue Vorlage AN/0354/2022*) zur Sitzung am 28.03.2022 zu.

**SE Nathalie Binz** (Stadtschulpflegschaft Köln) bittet das Thema „Anmeldungen an weiterführenden Schulen“ zu behandeln. **Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Helge Schlieben** (CDU) sagt dies, auch ohne das Vorliegen eines Formalen Antrags auf eine aktuelle Stunde, zu. (*Anmerkung der Schriftführung: Der Vorgang wird unter TOP 1 einsortiert.*)

Weitere Änderungen der Tagesordnung liegen nicht vor.

**Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Helge Schlieben** (CDU) lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen:

**Abstimmung:** Einstimmig zugestimmt.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

#### 2 Anträge gemäß §§ 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Kurt-Tucholsky-Schule in eine Gesamtschule umwandeln  
Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von SPD und DIE LINKE  
AN/2014/2021

2.2 Zugang zum Internet für Schulkinder  
Antrag der SPD-Ratsfraktion  
AN/0256/2022

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### 3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/2427/2021 der SPD-Fraktion zum Thema Machbarkeitsstudie zum Neubau des städtischen Hölderlin-Gymnasiums in Köln Mülheim  
4085/2021

3.1.2 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen in den Bezirken" in der Sitzung am 30.08.2021  
0466/2022

#### 3.2 Neue Anfragen

3.2.1 OGTS-Bedarfsermittlung für den Standort Rheinkassel  
Gemeinsame Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und VOLT  
AN/0267/2022

3.2.2 Schulbudget für die Selbstverwaltung  
Gemeinsame Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und VOLT  
AN/0321/2022

### **4 Vorlagen der Verwaltung**

4.1 Beauftragung eines Musikschulentwicklungsplans - Bedarfsfeststellung für die Beauftragung einer freiberuflichen Tätigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Buchstabe b) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln  
2171/2021

4.1.1 Gem. Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, CDU und VOLT im Kölner Rat zu 2171/2021 Rheinische Musikschule Musikschulentwicklungsplan  
AN/0354/2022

4.2 Schulrechtliche Errichtung einer Grundschule am Standort Alfons-Nowak-Straße 2, 50858 Köln bei gleichzeitiger Auflösung des Teilstandortes der Ildefons-Herwegen-Grundschule am Standort Donauweg 30, 50858 Köln-Junkersdorf zum Schuljahr 2023/24 gem. § 81 Abs. 2 SchulG NRW  
4230/2021

4.3 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ hier: Projektverlängerung  
4418/2021

- 4.4 Gründung einer Schulbaugesellschaft  
4065/2021
- 4.5 Bedarfsanerkennung zur Ausstattung von Kölner Schulen mit Endgeräten nach dem "REACT-EU Förderprogramm" und dem "Förderprogramm Digitale Ausstattungsoffensive für Schulen in NRW"  
0066/2022

## **5 Mitteilungen**

- 5.1 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2022"  
4449/2021
- 5.2 EDELGARD: Tätigkeitsbericht 2021 und geplante Evaluation  
0332/2022
- 5.3 Sachstand zur Beschaffung von mobilen Luftfilteranlagen für Schulen und Kitas  
0391/2022
- 5.4 Zukunftswerkstatt Rheinische Musikschule - Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse und Entstehung der Beauftragung eines Musikschulentwicklungsplans  
0435/2022
- 5.5 Aktueller Sachstand: Mobilität der Kölner Lehrerschaft  
0430/2022

## **6 Anfragen**

## **7 Verschiedenes**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **8 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **9 Personalien**

- 9.1 Besetzung der Schulleiter\*innenstelle an der Gemeinschaftsgrundschule Irisweg 2, 51143 Köln  
3186/2021
- 9.2 Besetzung der Stelle der/des Schulleiterin/Schulleiters an der GGS Rosenzweigweg 3, 50969 Köln  
0297/2022

- 9.3 Besetzung der Stelle der/des Schulleiterin/Schulleiters am Köln-Kolleg - Weiterbildungskolleg, Judenkirchhofsweg 6, 50679 Köln  
0357/2022
- 9.4 Besetzung der Stelle der/des Schulleiterin/Schulleiters an der Gemeinschaftsgrundschule Stenzelbergstr. 3 -7, 50939 Köln  
0373/2022
- 9.5 Neubesetzung der Stelle einer/eines Konrektors/Konrektorin an der Gemeinschaftsgrundschule Garthestraße 20-24, 50735 Köln  
0386/2022
- 9.6 Besetzung der Schulleiter\*innenstelle am städtischen Hansa-Gymnasium, Gereonsmühlengasse 4, 50670 Köln  
0425/2022
- 10 Vorlagen**
- 10.1 Prüfbericht Bewirtschaftung von Parkplätzen an Schulen bei 40-Amt für Schulentwicklung  
2528/2020
- 10.2 Bedarfsanerkennung zur Ausstattung von Kölner Schulen mit Endgeräten nach dem "REACT-EU Förderprogramm" und dem "Förderprogramm Digitale Ausstattungsoffensive für Schulen in NRW" - wird unter TOP 4.5 im öffentlichen Teil behandelt.
- 11 Mitteilungen**
- 12 Anfragen**
- 12.1 Frühere Anfragen
- 12.2 Neue Anfragen
- 13 Verschiedenes**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Allgemeines

**Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Helge Schlieben** (CDU) führt aus, dass es nach den vorgezogenen Anmeldeverfahren an den beiden Gymnasien und insbesondere an den Gesamtschulen kein Mitglied des Ausschusses „kalt lassen könne“, wenn rund 1000 Kinder den Platz an ihrer Wunschschule nicht bekommen konnten. Er drückt daher, auch im Namen der Ausschussmitglieder und der Verwaltung, sein Bedauern darüber aus, dass es bisher nicht gelungen sei diese Lücke von 1000 fehlenden Plätzen deutlich zu verkleinern.

Hier müsse der Anspruch sein, die Situation deutlich zu verbessern und schneller zu handeln. Hier dürfe es keine Denkverbote geben. Die Mitglieder des Ausschusses, so **Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Helge Schlieben** (CDU) weiter, schlossen hier nichts aus, um alle Möglichkeiten umzusetzen den Bau von Gesamtschulen in Köln zu beschleunigen. Hier sei niemand bereit vier bis sechs Jahre zu warten bis eine neue Gesamtschule gegründet werde.

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie gehofft habe, dass sich auf Grund der weniger werdenden Ablehnungen des gewünschten Schulplatzes im vergangenen Jahr nunmehr eine Trendwende einstellen und eine Verbesserung einstellen werde. Die nun vorliegenden Zahlen seien für sie schockierend und betreffen neben den Einzelschicksalen der Schüler\*innen auch selbstverständlich deren Familien. Die Zahl von 980 nicht wunschgemäß vergebenen Schulplätzen sei auch ein Schlag im Hinblick auf die Bemühungen der Mitglieder des Ausschusses Schule und Weiterbildung auch gerade genügend Gesamtschulplätze anbieten zu können. Sie verwies hier auf die Gesamtschulen welche, wie in Rodenkirchen und Lindenthal, bereits auf den Weg gebracht worden seien. Hier gelte es weiterhin klug zu agieren und keine Löscher bei anderen Schulformen aufzureißen. Daher sei eine vorausschauende, umfassende Schulpolitik wichtig. Blinder Aktionismus erweise sich hier aber eher als schädlich. **RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) bittet hier auch weiterhin an einem Strang zu ziehen und die Bürger\*innen nicht zu verunsichern. Sie wünsche sich, dass dies nunmehr als Startschuss zu Überlegungen und Umsetzungen guter Lösungen betrachtet werde.

**RM Oliver Seeck** (SPD) hebt hervor, dass die betroffenen 980 Schüler\*innen nicht nur nicht ihren gewünschten Schulplatz erhielten, sondern selbst die gewünschte Schulform versagt bliebe. Hier müsse alles versucht werden, die negative Bilanz des Ratsbündnisses bei der Schaffung von Schulplätzen an Gesamtschulen zu überwinden.

**RM Stefanie Ruffen** (FDP) weist darauf hin, dass sich kein Mitglied des Ausschusses Schule und Weiterbildung gegen Gesamtschulen wehre. Die Kinder wollen sie, die Eltern wollen sie und die Politik möchte sie auch. Allerdings müsse man feststellen, dass die Zahl der Plätze an Gesamtschulen nicht in dem Maße wachse wie dies bei der Bevölkerungsentwicklung wünschenswert sei. Das allgemeine Problem des Mangels an Schulplätzen werde durch das Anwachsen der Bevölkerung noch verstärkt. Dies werde sich in einigen Wochen leider auch an den Gymnasien zeigen. Sie sehe hier ein Problem welches bereits bei der Suche nach geeigneten Grundstücken für neue Gesamtschulen beginne. Zwar würden durch die Verwaltung oft genug geeignete Grundstücke vorgeschlagen, allerdings werde, wenn sich durch Anwohner\*innen Unwillen gegen ein großes Schulgebäude in der Nachbarschaft zeige, auch gern von



allen wieder zurückgerudert. Hier fordert **RM Stefanie Ruffen** (FDP) ein besseres Standing der Verantwortlichen in der Stadt.

**RM Heiner Kockerbeck** (Die Linke) findet Zunahme der Nachfrage nach Gesamtschulen sehr gut, da Gesamtschulen integrativ, sozial und inklusiv seien. Dort werde großen Wert darauf gelegt, pädagogisch individuell zu fördern. Menschen, welche die Gesamtschule wählten, entscheiden sich für ein modernes, zukunftsorientiertes Schulsystem und dass diese Menschen das Interesse ihrer Kinder im Auge haben, um Wege offen zu halten. Dies sei gerade der Sinn einer integrierten Schulform. Vom Ergebnis her seien weiterhin weite Bereiche der Stadt ohne wohnortnahe Gesamtschulen. Dies sei eine Entwicklung welche sich über viele Jahre hinweg eingestellt habe. Allerdings müsse man davon ausgehen, dass die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen weiterhin ansteige. Er finde es unverständlich, dass im Stadtbezirk Lindenthal nur eine Gesamtschule existiere und im Kölner Westen hauptsächlich Gymnasien eröffnet würden. **RM Heiner Kockerbeck** (Die Linke) richtet an die Verwaltung die Frage, ob ggf. über den Städte- und Gemeindetag NRW die Mögliche beste, Hilfen des Landes zur Unterstützung bei Neugründungen von Gesamtschulen zu aktivieren.

**RM Constanze Aengenvoort** (CDU) stellt den Appell, dass Politik hier besser handeln müsse um Schüler\*innen die gewünschten Schulplätze zur Verfügung stellen zu können, in den Mittelpunkt. Hier solle nun an dieser Stelle keine Grundsatzdiskussion über Schulformen eröffnet werden.

**SB Nathalie Binz** (Stadtschulpflegschaft Köln) hebt das in Köln erstmals angewandte Mehrfachanmeldeverfahren an den weiterführenden Schulen in den Vordergrund und macht darauf aufmerksam, dass hierdurch die hohe Anzahl an Ablehnungen entstanden sei. Sie bittet darum, nach der bevorstehenden Verteilerkonferenz, auch die Anzahl der Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Bedarfen zu benennen, welche an ihren Wunschschulplätzen abgelehnt wurden.

**Beigeordneter Robert Voitsberger** macht deutlich, dass die Verwaltung mit der Situation keineswegs zufrieden sei. Obwohl in den vergangenen Jahren bereits 9 Gesamtschulen neu geschaffen, sowie bestehende erweitert wurden und somit 1200 neue Plätze für Schüler\*innen an Gesamtschulen geschaffen wurden, sei sich die Verwaltung über den steigenden Bedarf an dieser Stelle durchaus bewusst. Gerade im Rahmen der bestehenden Schulentwicklungsplanung werde deutlich gemacht, dass neben 8 Gymnasien auch weitere 13 Gesamtschulen benötigt würden. Hier werde verwaltungsintern an weiteren, schnellen Lösungen gearbeitet, um bei den Neugründungen gerade von Gesamtschulen aufzuholen. Hier seien viele unterschiedliche Interessen vorhanden, bei deren ausgewogener Berücksichtigung auf die gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft gesetzt werde.

## 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

**SE Gönül Topuz** wurde durch den Integrationsrat in den Ausschuss Schule und Weiterbildung entsandt. **Gönül Topuz** wird durch **Ausschussvorsitzende\*n RM Dr. Schlieben** (CDU) als sachkundige\*r Einwohner\*in nach § 22 ff. Hauptsatzung der Stadt Köln verpflichtet.

## **1.2 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen**

**RM Constanze Aengenvoort** (CDU) erinnert an ihre Nachfrage zum Interim der Europaschule und bittet einen Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen vorzulegen.

**Michael Gräbener** (Amt für Schulentwicklung - Schulbau und –betreuung) sagt eine Weitergabe der Bitte an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zu.

**Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Niels Schlieben** (CDU) schlägt einen Quartalsbericht, welcher dem Ausschuss alle drei Monate vorgelegt werden könne, vor.

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Mitteilung zum aktuellen Sachstand nach dem Brand des Daches der Interimslösung der Helios-Schule.

**Michael Gräbener** (Amt für Schulentwicklung - Schulbau und –betreuung) teilt mit, dass die Grundschule das Gebäude zum Teil wieder nutzen könne, da dieser Teil des Gebäudes nicht stark betroffen war. Es finden derzeit von Seiten der Verwaltung Verhandlungen mit einem Investor statt um Räume anmieten zu können.

**Beigeordnete\*r Robert Voigtsberger** teilt mit, dass geplant werde dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung einen Sachstand zur Schulentwicklungsplanung vorzulegen.

## **2 Anträge gemäß §§ 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **2.1 Kurt-Tucholsky-Schule in eine Gesamtschule umwandeln Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von SPD und DIE LINKE AN/2014/2021**

**Ausschussvorsitzender RM DR. Schlieben** (CDU) verweist auf die getroffene Vereinbarung diesen Tagesordnungspunkt weiterhin auf der Tagesordnung zu belassen, bis die Verwaltung hierzu eine Vorlage einbringe, welche sowohl in den Fraktionen als auch in den Bezirksvertretungen behandelt werden könne, um anschließend auf dieser Basis als Ausschuss für Schule und Weiterbildung beraten zu können.

**Frank Pfeuffer** (Leitung Stabstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) ergänzt, dass die Bezirksvertretung an die Verwaltung mit der Bitte um ein Fachgespräch herangetreten sei. Dieses Gespräch werde für Anfang April 2022 terminiert. Hierbei werden die bis dahin vorliegenden Stellungnahmen der Schule und der Bezirksregierung Köln berücksichtigt.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschusses am 28.03.2022.

### **2.2 Zugang zum Internet für Schulkinder Antrag der SPD-Ratsfraktion AN/0256/2022**

Für die antragstellende Fraktion erläutert **RM Oliver Seeck** (SPD), dass durch den digitalen Unterricht viele Kinder und Jugendliche drohen digital abgehängt zu werden, da die digitale Versorgung im Haushalt für einen ordentlichen Zugang zum Internet oft

nicht gegeben seien. Er bittet die übrigen Fraktionen um Zustimmung zu diesem Antrag, um Planungen vorzubereiten und Kooperationspartner zu suchen, um sicher zu stellen, dass Schülerinnen und Schülern aus unterstützungsbedürftigen Familien auch im heimischen Umfeld ein kostenloser Zugang zu WLAN/Internet ermöglicht werde. Hier biete sich in Köln eine Kooperation mit NetCologne an. Er weist in diesem Zusammenhang auf ein Pilotprojekt der Stadt Bochum hin.

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass in den SGB II/SGB XII Regelsätzen ein Betrag für Internet und Telekommunikation enthalten sei und auch bei Umzügen Anschlusskosten übernommen würden. Sie schlägt vor, durch die Verwaltung ermitteln zu lassen ob hier zusätzliche Bedarfe bestehen um dann ggf. eine Vorlage der Verwaltung abzuwarten.

**RM Heiner Kockerbeck** (Die Linke) macht darauf aufmerksam, dass die finanziellen Probleme hier nicht nur die Bezieher\*innen von Leistungen der Grundsicherung betreffen sondern ggf. auch die bereits vorhandene W-LAN-Verbindung bei gleichzeitiger Home-Office Nutzung durch die Eltern und digitalem Distanzunterricht der Kinder nicht ausreiche um überlastungsfrei zu arbeiten. Auch er halte eine Bedarfsfeststellung durch die Verwaltung für sinnvoll, hält aber die Durchführung des im Antrag vorgeschlagenen Pilotprojekts durchaus für sinnvoll.

**RM Stefanie Ruffen** (FDP) begrüßt den Antrag grundsätzlich, hält aber die inhaltliche Formulierung für nicht ausreichend, da die Problemstellung vielschichtig sei. Sie schlägt vor gemeinsam zu überlegen ob Jugend- und Bürgerzentren geöffnet werden könnten, um Kindern und Jugendlichen welche Zuhause keine Möglichkeit haben auf das Internet zuzugreifen, auf diesem Weg eine Teilnahme am digitalen Distanzunterricht zu ermöglichen.

**SB Janja Mihaljevic** (Die Fraktion) ergänzt, dass eine Versorgung mit Mobil-Sticks eine Möglichkeit darstellen könne, um den betroffenen Schüler\*innen eine Teilnahme am digitalen Distanzunterricht zu ermöglichen.

**Rita Gorklo-Blameuser** (stellvertretende Leitung, Amt für Schulentwicklung) erläutert, dass bei einer Versorgung z.B. der mehr als 33.000 Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 19 Jahren, die Inhaber\*innen des Kölnpasses sind, mit einem Zugang zum W-LAN, Kosten in Höhe von ca. 4 Million Euro jährlich entstehen würden. Im Übrigen enthalten Leistungen nach SGB II und XII einen Anteil für Post und Telekommunikation in Höhe von rd. 40 Euro monatlich.

Des Weiteren wäre für die Bereitstellung von W-Lan-Zugängen eine Ausschreibung zwingend erforderlich, so dass eine direkte Vergabe an NetCologne nicht erfolgen könne. Auch in Bochum musste die Leistung im Rahmen eines Vergabeverfahrens entschieden werden. Des Weiteren macht sie darauf aufmerksam, dass Anträge welche finanzielle Auswirkungen mit sich bringen, gem. der Geschäftsordnung des Rates mit einem entsprechenden Deckungsvorschlag versehen sein müssen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Gegen die Stimmen von SPD und Die Linke, bei Enthaltung der FDP mit der Mehrheit der Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, abgelehnt.**

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Frühere Anfragen**

##### **3.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/2427/2021 der SPD-Fraktion zum Thema Machbarkeitsstudie zum Neubau des städtischen Hölderlin-Gymnasiums in Köln Mülheim 4085/2021**

**RM Oliver Seeck** (SPD) geht auf die Situation der neu zu konzeptionierenden Sporthalle am Bergischen Ring ein und bittet diese bei der Planung nicht zu vergessen.

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) ist verwundert darüber, dass auf Grund von fehlendem Personal mit Verzögerungen zu rechnen sei. Sie bittet die Verwaltung parallel eine Bauvoranfrage zu stellen um festzustellen was maximal auf den Grundstücken bebaut werden könne. Dies gebe die Möglichkeit entweder einer Befreiung zuzustimmen oder eine Empfehlung für eine Bebauungsplanänderung abzugeben. Daraus ergebe sich auch ein Rahmen für die Bebauungsplanänderung.

**RM Stefanie Ruffen** (FDP) regt an, einen Antrag auf Änderung des Bebauungsplans im Stadtentwicklungsausschuss zu stellen, um den Bebauungsplan entsprechend zu ändern oder für eine spätere Nutzung aufzuheben. Sie bittet um Klärung welche Parameter bei der Machbarkeitsstudie angesetzt werden.

**Michael Gräbener**, Amt für Schulentwicklung - Schulbau und –betreuung erläutert, dass die Verwaltung sich streng nach der Schulbaurichtlinie richte. Die Bezirksregierung Köln hat klargestellt, dass keine Quadratmeterreduzierung ohne Reduzierung der Schülerzahlen akzeptiert werde. Eine Beauftragung zur Machbarkeitsstudie ist noch nicht erfolgt, da diese noch nicht personalisiert werden konnte.

Zur Kenntnis genommen.

##### **3.1.2 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen in den Bezirken" in der Sitzung am 30.08.2021 0466/2022**

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für die Beantwortung, empfinde diese aber als zu wenig konkret. Hier wäre eine genaue Auflistung wünschenswert gewesen. Sie bittet diese Vorlage auch dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden zur Kenntnis zu geben.

**Beigeordnete\*r Robert Voitsberger** macht darauf aufmerksam, dass in der Beantwortung der Anfrage auch ein Verweis auf den neuen Aktionsplan „Kinderfreundliche Kommune“ enthalten sei. Dort spielt das Thema Partizipation eine wesentliche Rolle. Die Verwaltung beabsichtigt diesen Aktionsplan den politischen Gremien im ersten Halbjahr 2022 vorzulegen.

Zur Kenntnis genommen.

### **3.2 Neue Anfragen**

#### **3.2.1 OGTS-Bedarfsermittlung für den Standort Rheinkassel Gemeinsame Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und VOLT AN/0267/2022**

Eine Beantwortung durch die Verwaltung steht aus.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschusses am 28.03.2022.

#### **3.2.2 Schulbudget für die Selbstverwaltung Gemeinsame Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und VOLT AN/0321/2022**

Eine Beantwortung durch die Verwaltung steht aus.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschusses am 28.03.2022.

### **4 Vorlagen der Verwaltung**

#### **4.1 Beauftragung eines Musikschulentwicklungsplans - Bedarfsfeststellung für die Beauftragung einer freiberuflichen Tätigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Buchstabe b) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln 2171/2021**

**Ausschussvorsitzende\* RM Dr. Schlieben** (CDU) ruft diesen Tagesordnung zusammen mit dem vorliegenden Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt unter TOP 4.1.1 sowie dem TOP 5.4, zur Beratung auf.

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) weist nochmals darauf hin, dass die Antragstellenden Fraktionen ihren Änderungsantrag in dieser Form zurückziehen und diesen als eine Frage an die Verwaltung neu einbringen werden. Zur Zukunftswerkstatt hatten sie bereits mehrfach darum gebeten, den Teilnehmerkreis zu benennen. Sie bitten dies in der Niederschrift zur Sitzung aufzunehmen. Eine Behandlung im Ausschuss soll, wie zwischen den Fraktionen vereinbart, vorgenommen werden, sobald von Seiten der Verwaltung konkrete Zahlen vorgelegt werden.

**RM Maria Helmis** (SPD) appelliert daran, den Prozess nicht nur bis zur Erstellung des Entwicklungsplans zu denken, sondern längerfristig zu begleiten. In Ergänzung zu den Ausführungen zu **RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) bittet sie auch die künftig Beteiligten zu benennen und dem Ausschuss mitzuteilen. Grundsätzlich hält sie die Vorgehensweise begrüßenswert, da sich die Rheinische Musikschule Köln der großen Nachfrage stellen müsse. Allerdings werde es einer Kulturstadt wie Köln nicht gerecht in diesem Bereich mit einem Haushaltsanteil von 0,99 % zu arbeiten.

**Ausschussvorsitzende\* RM Dr. Schlieben** (CDU) bittet darum, aus den Erfahrungen zur Umsetzung des Kulturentwicklungsplan zu lernen und beim Musikentwicklungsplan entsprechend besser vorzugehen.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschusses am 28.03.2022.

**4.1.1 Gem. Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, CDU und VOLT im Kölner Rat zu 2171/2021 Rheinische Musikschule Musikschulentwicklungsplan AN/0354/2022**

Zurückgezogen.

**4.2 Schulrechtliche Errichtung einer Grundschule am Standort Alfons-Nowak-Straße 2, 50858 Köln bei gleichzeitiger Auflösung des Teilstandortes der Ildefons-Herwegen-Grundschule am Standort Donauweg 30, 50858 Köln-Junkersdorf zum Schuljahr 2023/24 gem. § 81 Abs. 2 SchulG NRW 4230/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat, wie in Anlage 2 formuliert, zu beschließen:**

**Beschluss:**

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung einer Grundschule am Standort Alfons-Nowak-Straße 2, 50858 Köln-Junkersdorf zum Schuljahr 2023/24 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW. Die Kapazität der neuen Grundschule wird auf 3 Züge festgelegt. Die neue Grundschule soll gemäß § 9 Abs. 2 Schulgesetz NRW als offene Ganztagschule geführt werden.
- 2) Der Rat der Stadt Köln wünscht, dass an der neuen Grundschule Gemeinsames Lernen eingerichtet wird und erteilt der Schulaufsichtsbehörde bereits mit diesem Beschluss die Zustimmung gemäß § 20 Abs. 5 Schulgesetz NRW.
- 3) Der Rat der Stadt Köln beschließt gleichzeitig, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde zu Punkt 1,
  - den Teilstandort der Ildefons-Herwegen-Grundschule, GGS Kirchweg 138, 50858 Köln-Junkersdorf am Standort Donauweg 30 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW aufzulösen.
  - *Die Ildefons-Herwegen-Schule, GGS Kirchweg, 50858 Köln-Junkersdorf ab dem Schuljahr 2023/24 dreizügig festzulegen.*
- 4) Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung die erforderlichen Anträge gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Errichtung der Schule und zur Auflösung des Teilstandortes zu stellen.
- 5) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.

**Abstimmungsergebnis:**

## **Einstimmig empfohlen.**

### **4.3 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ hier: Projektverlängerung 4418/2021**

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) macht darauf aufmerksam, dass dieses Programm unbedingt unterstützenswert sei. Leider spiegeln die in der Vorlage aufgeführten Zahlen nicht die Wichtigkeit des Programms wieder. Sie bittet bei künftigen Vorlagen aus diesem Bereich um genauere Präzisierung und Verdeutlichung der Wichtigkeit solcher Projekte.

**Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Die Verwaltung wird mit der Fortsetzung der Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ sowie der Durchführung von Maßnahmen entsprechend des Konzeptes zur kommunalen Umsetzung der Landesinitiative unter dem Vorbehalt der Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) bis zum 30.06.2023 beauftragt. Die Fortsetzung des Projektes über den 30.06.2022 hinaus steht unter dem Vorbehalt einer positiven Bescheidung durch die Bezirksregierung Arnsberg.
2. Der Rat beschließt in Folge der fortgesetzten Teilnahme am Landesprogramm die Aufteilung des weitestgehend ungeänderten Gesamtprojektvolumens in Höhe von 2.956.360 € inklusive eines städtischen Eigenanteils von 591.272 € (20%) auf die Jahre 2022 und 2023 wie folgt:
  - Für das Haushaltsjahr 2022 entstehen voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.389.354,79 €. Im Haushaltsplan 2022 stehen Aufwandsermächtigungen im Teilplan 0504, Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, in Höhe von 561.578 € für dieses Projekt zur Verfügung. Der verbleibende Bedarf wird im gleichen Teilplan per unechter Deckung aus der Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, bedarfsgerecht bereitgestellt.
  - Für das Haushaltsjahr 2023 entstehen voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von insgesamt 742.377,39 €. Dezernat OB wird im Haushaltsplanaufstellungsprozess 2023ff innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die entsprechenden Mittel im Teilplan 0504, Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, ggf. durch Umschichtungen oder bedarfsgerecht per unechter Deckung aus der Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen, vorsehen.

#### Begründung der Dringlichkeit

Die Umsetzung der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ soll auf der Grundlage der geänderten Förderregularien durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW fortgesetzt werden. Ein entsprechender Förderantrag wurde bereits im Dezember 2021 bei der Bezirksregierung Arnsberg gestellt. Eine Entscheidung des Rates im März 2022 ist zwingend erforderlich, damit die Fortsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Initiative nahtlos erfolgen kann und die beteiligten Träger die notwendige Planungssicherheit für ihre Arbeit haben.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig empfohlen.**

**4.4 Gründung einer Schulbaugesellschaft  
4065/2021**

**Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Schlieben** (CDU) gibt der/dem **Beigeordnete\*n Markus Greitemann** das Wort.

**Beigeordnete\*r Markus Greitemann** entschuldigt die kurzfristige Vorlage des Beschlusssentwurfes und erläutert diesen.

Er weist einleitend daraufhin, dass mit dieser Beschlussvorlage noch keine Schulbaugesellschaft gegründet würde. Es gehe derzeit darum, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, eine Schulbaugesellschaft zu konzipieren und die fertige Konzeption in einer weiteren Beschlussvorlage im zweiten Quartal vorzulegen.

Ergänzend zur Begründung in der Beschlussvorlage führt er aus, dass seit einigen Jahren eine hohe Nachfrage nach Bauleistungen existiere. Viele Gebäude bedürfen umfänglicher Sanierung, Renovierung oder Erweiterung.

Das Bauvolumen der Gebäudewirtschaft sei insgesamt exponentiell gestiegen. Innerhalb von 5 Jahren habe sich das Volumen von 130 Millionen in 2016 auf rund 540 Millionen Euro in 2021 mehr als vervierfacht.

Durch das stetige Bevölkerungswachstum sei mit weiterhin steigender Belastung zu rechnen. Durch den Wechsel von G8 auf G9 komme noch einmal zusätzlicher Druck im Bereich Schulbau in den nächsten Jahren hinzu.

Aktuell umfasse die Schulbaumaßnahmeliste insgesamt 187 Schulbauprojekte. Davon handele es sich bei 58 Maßnahmen um Neubauten oder Erweiterungsbauten in der Kategorie „Sehr Eilig“, „Prioritär“, „Eilig“ und „Mittelfristig Benötigt“. Weitere 50 Maßnahmen seien umfangreiche General- oder Teilsanierungen, die einen Baubeginn in den nächsten 5 oder 10 Jahren erfordern.

Um den massiven Zuwachs abarbeiten zu können, seien bereits diverse Maßnahmen durchgeführt worden, auch ganz explizit nur für den Schulbau. So seien nicht nur zwei GU/TU Pakete im Wert von rund 2,4 Milliarden Euro vergeben worden, sondern es wurde ebenso ein umfangreiches Restrukturierungsprogramm bei der Gebäudewirtschaft erfolgreich durchgeführt. Darüber hinaus habe man sich intensiv bemüht, zusätzliches Personal bei der Gebäudewirtschaft zu akquirieren. Durch innovative Personalgewinnungsmaßnahmen konnte so der Personalbestand bei der Gebäudewirtschaft um 30 Prozent gegenüber 2017 sehr erfolgreich gesteigert werden.



Ein Personalzuwachs von 30 Prozent reiche jedoch nicht aus, wenn das Bauvolumen um 400 Prozent gewachsen ist und tendenziell noch weiter steigt.

Von den genannten 187 Schulbauprojekten befänden sich trotz aller Anstrengungen derzeit 78 in der Umsetzung. Das heiße im Umkehrschluss, dass 109 Schulbauprojekte noch nicht personell hinterlegt werden konnten und damit auch nicht bearbeitet werden können.

Das Thema Personalgewinnung bei der Gebäudewirtschaft sei daher zwar ein Dauerthema, stoße aber aufgrund des Markt-Umfeldes auf seine Grenzen.

Aus diesem Grund seien weitere Maßnahmen zur Beschleunigung des Schulbaus und der Stärkung und Entlastung der Gebäudewirtschaft erforderlich. Dies vor allem im Bereich Neubau.

Aus all diesen Gründen sei die Verwaltung davon überzeugt, dass die Gründung einer die Gebäudewirtschaft flankierenden und auf den Schulbau spezialisierten Gesellschaft als schnelles, agiles Beiboot der Richtige Weg sei.

Dabei gehe es nicht um die Verlagerung der Aufgabe „Schulbau“ auf eine externe Organisationseinheit, sondern um eine kleine auf den Neubau von Schulen spezialisierte Projektabwicklungsgesellschaft.

Eine solche Schulbaugesellschaft solle sich mit einer Handvoll Spezialist\*innen auf den Bau beziehungsweise Neubau von Schulen fokussieren, insbesondere im Investorenmodell und in großen Stadtentwicklungsgebieten. Sie soll der Gebäudewirtschaft als flankierendes „Beiboot“ zur Seite stehen, um einzelne großvolumige Bauprojekte zu realisieren.

Die Vorteile einer solchen Schulbaugesellschaft seien darin zu sehen, dass sie zusätzliche personelle und spezialisierte Ressourcen zur Unterstützung der Gebäudewirtschaft ohne wesentliche Zusatzbelastung der Gebäudewirtschaft schaffe

Er sei davon überzeugt, dass durch eine Schulbaugesellschaft als agile Arbeitgeberin mit flacher Hierarchie noch einmal anderes Personal angesprochen und gewonnen werden kann. Sie schaffe zudem Spezialistenwissen, sodass Projektlaufzeiten verkürzt werden können. Sie setze Ressourcen bei der Gebäudewirtschaft frei, die dann wieder für andere Projekte oder für das große Kerngeschäft „Instandsetzung, Unterhaltung und Betrieb“ eingesetzt werden können.

Viele Details zur konkreten Ausgestaltung einer solchen Gesellschaft seien noch zu klären. Als Eckdaten seien aber gesetzt:

- Die Schulbaugesellschaft soll Dienstleisterin für die Stadt Köln sein.
- Sie diene ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs der Stadt Köln, solle sich also nicht wirtschaftlich betätigen
- Weder die Zuständigkeitsordnung noch der Aufgabengliederungsplan der Stadt Köln sollen tangiert werden
- Sie solle kein Eigentum an Immobilien und Liegenschaften erwerben
- Gemeinsamer Handlungsleitfaden der Gebäudewirtschaft und der Gesellschaft seien die priorisierende Schulbaumanahmenliste, resultierend aus dem Schulentwicklungsplan.

- Die Schulbaugesellschaft solle eine Bauprojektgesellschaft in 100%iger Eigentümerschaft der Stadt Köln werden.

Abschließend bittet **Beigeordnete\*r Greitemann** die Mitglieder des Ausschusses Schule und Weiterbildung, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, diesen Vorschlag weiter auszuarbeiten. Der Grundsatzbeschluss in dieser Sitzungsfolge sei erforderlich, damit in den nachfolgenden Schritten die notwendigen Details, wie der Entwurf eines Gesellschaftsvertrages, die konkrete Ausgestaltung der Gesellschaft, die Definition der Prozesse und Schnittstellen und die Erstellung einer entsprechenden Beschlussvorlage mit allen notwendigen Beiwerken im ersten Halbjahr erarbeitet werden können. Nur dann könne eine Schulbaugesellschaft noch in diesem Jahr an den Start gehen und zur Entlastung des auf der Stadt Köln lastenden Druckes beitragen.

**Beigeordnete\*r Robert Voigtsberger** betont, dass er die Bemühungen von Seiten des Dezernats VI ausdrücklich unterstütze, da zwingend nach weiteren Handlungsmöglichkeiten zur Realisierung von Schulbauten gesucht werden müsse um weitere Projekte auch parallel zu bearbeiten. Zwar seien 80 Projekte in der Umsetzung aber dennoch konnten rund 100 identifizierte Bedarfe im Bereich Schulbau noch nicht angegangen werden. 54 neue Schulen seien in der Schulentwicklungsplanung enthalten, wovon 17 in Bereichen von Entwicklungsgebieten und Großbauprojekten liegen. Dies zeige welcher Bedarf dort bestehe.

Da von Seiten der Fraktionen bereits weiterer Beratungsbedarf angekündigt wurde bittet **Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Schlieben** (CDU) die Verwaltung um Auskunft darüber welche Folgen eine Nicht-Entscheidung des Ausschusses in der heutigen Sitzung auf den weiteren Verlauf der Vorlage hätte.

**Beigeordnete\*r Markus Greitemann** erklärt, dass dies die Entscheidung sowohl des hier vorliegenden Grundsatzbeschlusses als auch des tatsächlichen Gründungsbeschlusses und die Umsetzung um zwei Monate nach hinten verschieben würde.

**RM Stefanie Ruffen** (FDP) begründet den von der FDP angemeldeten weiteren Beratungsbedarf und macht darauf aufmerksam, dass ein Weiterreichen der Vorlage ohne Votum aufgrund der Wichtigkeit der Entscheidung ausgeschlossen sei.

Nach zahlreichen Wortmeldungen aus allen Fraktionen und reger Fragestellung schlägt **Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Schlieben** (CDU) dem Ausschusses vor eine Sondersitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung zu dieser Vorlage einzuberufen in welcher alle Fragen und Beantwortungen von vorliegen sollten.

Zur Beratung und Abstimmung unter den Ausschussmitgliedern unterbricht **Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Schlieben** (CDU) die Sitzung des Ausschuss um 17:00 Uhr.

**Ausschussvorsitzende\*r RM Dr. Schlieben** (CDU) setzt die Sitzung des Ausschuss um 17:10 Uhr fort und teilt mit, dass sich der Ausschuss darauf geeinigt habe, eine Sondersitzung zur Behandlung der Vorlage 4065/2021 für Donnerstag 03.03.2022 um 18:00 Uhr einzuberufen.

*(Anmerkung der Schriftführung: **RM Oliver Seeck** (SPD) und **RM Heiner Kockerbeck** (Die Linke) reichen Fragen zur schriftlichen Beantwortung bei der Schriftführung ein. Die übrigen Fraktionen teilen mit, ihre Nachfragen ebenfalls schriftlich bei der Schriftführung des Ausschuss einreichen Die Fragen und deren Beantwortungen werden zur Sondersitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung am 03.03.2022 der Vorlage 4085/2021 als Anlage 1 angefügt.)*

Wegen Beratungsbedarf zur Wiedervorlage in die Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 03.03.2022 geschoben.

#### **4.5 Bedarfsanerkennung zur Ausstattung von Kölner Schulen mit Endgeräten nach dem "REACT-EU Förderprogramm" und dem "Förderprogramm Digitale Ausstattungsoffensive für Schulen in NRW" 0066/2022**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

##### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Köln erkennt den Bedarf der Verwaltung für die Beschaffung von schulgebundenen mobilen Endgeräten (Notebooks und Tablets) für Schüler\*innen der Kölner Schulen auf Basis der Förderprogramme "REACT-EU" und "Digitale Ausstattungsoffensive für Schulen in NRW" an.
2. Der Rat der Stadt Köln erkennt die notwendigen initialen Aufwendungen (Beschaffung, Inbetriebnahme, Zubehör) in Höhe von ca. **5.783.500 Mio € brutto / 4.860.084 Mio € netto** für das Jahr 2022 an.
3. Der Rat der Stadt Köln erkennt die Folgeaufwände (Betrieb, Wartung, Support) von derzeit ca. **410.550 € brutto / 345.000 € netto** für 2022 bzw. ca. **821.100 € / 690.000 € netto** für die Jahre 2023 ff an.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt einer Förderzusage durch das Land NRW. Die Folgekosten sind aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren und unterliegen derzeit keiner Förderung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig empfohlen.**

## **5 Mitteilungen**

### **5.1 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2022" 4449/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

### **5.2 EDELGARD: Tätigkeitsbericht 2021 und geplante Evaluation 0332/2022**

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) hebt die geplante Evaluation als positives Beispiel für diesen Bereich hervor und bedankt sich für diese Vorlage.

**RM Maria Helmig** (SPD) bittet um Auskunft darüber in wie weit in den Schulen proaktiv auf die Arbeit von EDELGARD e.V. hingewiesen werde und ob die Möglichkeit bestehe die Schulen als Schutzräume aufzunehmen.

**Die Verwaltung** teilt mit, dass dies im nächsten Infobrief aufgenommen werde und die Schulen entsprechend informiert würden sich einzubringen und zu beteiligen.

**RM Stefanie Ruffen** (FDP) bittet darum, die Arbeit von EDELGARD e.V. über den Infobrief hinaus bekannter zu machen.

Zur Kenntnis genommen.

### **5.3 Sachstand zur Beschaffung von mobilen Luftfilteranlagen für Schulen und Kitas 0391/2022**

**Michael Gräbener** (Amt für Schulentwicklung - Schulbau und –betreuung) informiert darüber, dass am 7. und 10.02.2022 zwei umfangreiche Vergaberügen eingegangen seien. Diese werden derzeit vom Rechtsamt der Stadt Köln geprüft. Hierzu wurde eine externe Anwaltskanzlei zur Unterstützung herangezogen um die Rügen zurückzuweisen. Für den aktuellen Sachverhalt hat dies zur Folge, dass kein Termin genannt werden könne, zu welchem die Geräte zur Auslieferung kommen werden.

**RM Oliver Seeck** (SPD) zeigt sich, ebenso wie die anderen Mitglieder des Ausschuss Schule und Weiterbildung enttäuscht über diese Entwicklung, welche gerade bei den Schüler\*innen, Eltern und Lehrer\*innen in keinster Weise nachvollziehbar ist.

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach den Erfahrungen zur Wirkung der Geräte welche bereits an Kölner Schulen verteilt wurden. Des Weiteren bittet sie um Auskunft zu den sogenannten CO<sup>2</sup>-Ampeln bei welchen wohl, so die Berichte aus den Schulen, ständig gelüftet werden müsse.

**RM Stefanie Ruffen** (FDP) stellt die zeitlich langwierige Untersuchung der Stadtverwaltung in Frage und erinnert daran, dass hierdurch wertvolle Zeit bei der Beschaffung von Luftfilteranlagen verloren ginge. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Filter zwar die Virenlast verringern, jedoch nicht den CO<sup>2</sup> Gehalt der Luft beeinflussen. Daher müsse hier weiterhin gelüftet werden wenn die CO<sup>2</sup>-Werte zu hoch seien. Sie beanstandet grundsätzlich das Verfahren, nach welchem Schulen entscheiden müssten ob sie Luftfiltergeräte benötigten. Diese Entscheidung sollte einheitlich für alle getroffen werden.

**SE Nathalie Binz** (Stadtschulpflegschaft Köln) verweist auf bestehende Studien zu dem Thema Luftfilteranlagen und der Virenlast der Atemluft. Sie bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, wie nun mit der für März 2022 angekündigten Auslieferung umgegangen werde.

**Michael Gräbener** (Amt für Schulentwicklung - Schulbau und –betreuung) erläutert, dass hier nunmehr ein juristisches Verfahren in Gang gesetzt wurde über deren Dauer und Ausgang von Seiten der Verwaltung keine seriöse Auskunft gegeben werden könne.

Er verweist darauf, dass Luftfilteranlagen nicht das notwendige Lüften von Klassenräumen ersetzen, da diese auf den CO<sup>2</sup>-Gehalt der Luft keinen Einfluss hätten. Hinsichtlich der Wirkung der bereits aufgestellten Luftfiltergeräte wird beim Gesundheitsamt nachgefragt werden, ob Veränderungen der Infektionszahlen in diesem Zusammenhang festzustellen seien.

**Beigeordnete\*r Robert Voigtsberger** ergänzt zu den Ausführungen von **Michael Gräbener** (Amt für Schulentwicklung - Schulbau und –betreuung), dass das Amt Zentrale Dienste bereits von Anfang an alles unternommen habe, um diese 5.500 Geräte schnellstmöglich beschaffen zu können. Durch die nun vorliegenden Vergaberügen sei eine Auslieferung bis März 2022 nunmehr nicht mehr möglich.

Zur Kenntnis genommen.

#### **5.4 Zukunftswerkstatt Rheinische Musikschule - Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse und Entstehung der Beauftragung eines Musikschulentwicklungsplans 0435/2022**

Wurde zusammen mit TOP 4.1 behandelt.

Zur Kenntnis genommen.

#### **5.5 Aktueller Sachstand: Mobilität der Kölner Lehrerschaft 0430/2022**

**RM Heiner Kockerbeck** (Die Linke) bittet um Erläuterung dazu, ob die Stadt Köln lediglich als Dienstleister agiere und wer die Kosten für die Jobtickets trage.

**Michael Gräbener**, (Abteilung Schulbau und –betreuung, Amt für Schulverwaltung) erklärt, dass die administrativen Kosten wohl bei der Stadt Köln lägen und hierzu noch Verhandlungen mit dem Land NRW liefen. Die Kosten für das Jobticket wären vom Nutzer, in diesem Fall von den Lehrer\*innen zu tragen. Gerade hierzu sei die Umfrage bei der Lehrerschaft sehr wichtig, da die Kosten für ein Jobticket je nach Anzahl der Nutzer\*innen gestaffelt sind.

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) macht darauf aufmerksam, darauf hin, dass die vorgesehene Abfrage lediglich eine Willenserklärung darstelle und die Lehrer\*innen hier nicht die Verpflichtung eingehen, tatsächlich ein Jobticket anzuschaffen. Sie wünscht sich eine zügige Umsetzung.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschusses am 28.03.2022.

## **6 Anfragen**

**SE Kockerbeck (Die Linke)** stellt folgende mündliche Anfrage:

a) Welche Zahlen liegen der Verwaltung aktuell zu Infektionsfällen an Kitas und Schulen vor und wie entwickelten sich diese seit dem 4.2.?

b) Aus welchem Grund wurden in der PM der Stadt zur Coronalage, die jeden Freitag herausgegeben wird, ab dem 4.2. keine Zahlen zu Infektionsfällen an Kitas und Schulen veröffentlicht, im Gegensatz zum Zeitraum davor?

**RM Seeck (SPD)** reicht folgende mündliche Anfrage zu Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Schülerinnen und Schüler ein:

Das Programm „Verrückt? Na und!“ richtet sich gezielt an Kinder und Jugendliche ab 14 bis 25 Jahre, die seelische Krisen ausgesetzt sind.

1. Sieht die Verwaltung Möglichkeiten zur Kooperation mit den Institutionen?
2. Gibt es weitere Ansätze und Programme in dieser Richtung, die bereits von der Stadt angeboten werden?

Die Verwaltung antwortet wie folgt:

1. Wir haben auf seine Anregung hin den Anbieter kontaktiert und gebeten, sein Angebot in die „**Übersicht der Angebote**“ einzubringen, mit der wir Schulen bei der Umsetzung des Aktionsprogrammes „Ankommen und Aufholen nach

Corona“ unterstützen: Anerkannte Träger und qualifizierte Anbieter\*innen haben hier die Möglichkeit, sich mit einem Projektangebot für Kölner Schulen zu platzieren – schulische Akteur\*innen erhalten damit die Möglichkeit, für bedarfsgerechte Angebote mit den Ansprechpartner\*innen in Kontakt zu gehen. Ob ggf. darüber hinaus eine Kooperation möglich ist, ist in Abklärung und hängt nicht zuletzt von den Kapazitäten des Anbieters ab, der ja in Köln keine Vertretung hat.

2. Im Rahmen der Umsetzung des „Aktionsprogrammes Ankommen und Aufholen nach Corona“ gibt es sehr verschiedene Angebote und Initiativen zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen. Viele Angebote haben eine niedrighschwellige, ganzheitliche Ausrichtung mit dem Ziel, der Verfestigung und Chronifizierung von Störungsbildern entgegenzuwirken. Die Übersicht können im Internet über den Link <https://padlet.com/400regionalesbildungsbuero/1pcdri0bq0vnp3i0> einsehen.

**RM Steffanie Ruffen** (FDP) bittet um Mitteilung, ob bekannt sei, dass sich Schulen am „Anne-Frank-Tag“ beteiligen werden. Die Anmeldefrist hierfür laufe noch bis 28.02.2022.

Ferner bittet **RM Steffanie Ruffen** (FDP) um Mitteilung, ob allen an Schulen beschäftigten Mitarbeitende\*n die Corona-Prämie ausbezahlt wurde.

**RM Oliver Seeck** (SPD) zeigt sich verwundert darüber, dass die Stadt Köln seit dem 4. Februar die Infektionszahlen zu Schulen und Kindergärten nicht mehr veröffentlicht werden. Er bittet die Verwaltung um Mitteilung warum dies nicht mehr geschehe.

**RM Bärbel Hölzing** (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Auskunft drüber ob Schüler\*innen der 9. Klasse (Abgänger von Haupt- oder Realschulen) ohne einen 2-G-Nachweis weiterhin beraten werden oder ob hier keine Beratungen mehr stattfinden. Sie bittet hierzu aktuelle Zahlen bei der Arbeitsagentur einzuholen.

*(Anmerkung der Schriftführung: Die Fragen werden schriftlich beantwortet.)*

## 7 Verschiedenes

Gez.

Dr. Helge Schlieben, Vorsitzender

Gez.

Thomas Krämer, Schriftführer